

■ Kulturelle Bildung muss (auch) Bundesaufgabe bleiben!

Erklärung der Kulturpolitischen Gesellschaft

In den »Ergebnissen der Koalitionsarbeitsgruppe zur Föderalismusreform« ist u.a. festgelegt worden, dass die gemeinsame Bildungsplanung von Bund und Ländern in der Bund-Länder-Kommission (BLK) sowie die Förderung von Modellprojekten aufgegeben werden soll. Davon könnte auch die Weiterentwicklung der kulturellen Bildung, die bislang von vielen BLK-Modellversuchen profitieren konnte, betroffen sein. Wir warnen davor, diese Option der kooperativen Innovationsförderung in den Bereichen Bildung und Kultur zu beschneiden.

Kulturelle Bildung ist das Fundament der Kulturpolitik und eine Voraussetzung für die kulturellen Kompetenzen, die die Menschen in der Gesellschaft der Zukunft benötigen. Wissenschaftliche Untersuchungen bestätigen den engen Zusammenhang von Bildung und kultureller Teilhabe und zeichnen ein alarmierendes Bild von der kulturellen Spaltung in unserer Gesellschaft. Immer weniger Menschen sind aufgrund mangelnder kultureller Bildung in der Lage, sich die Zeugnisse des kulturellen Erbes und die Werke der zeitgenössischen Kunst zu erschließen und werden voraussichtlich zukünftig in den Theatern, Konzerthäusern und Museen fehlen. Kinder und Jugendliche benötigen zudem eigene Orte und Experimentierfelder, um eigene kulturell-ästhetische Ausdrucksformen zu finden und zu erproben und einen kompetenten Umgang mit den neuen Medien zu entwickeln. Wir brauchen deshalb nicht weniger, sondern mehr kulturelle Bildung!

Für die Gestaltung einer zukunftsfähigen, gerechten und vielfältigen Gesellschaft ist das Feld der kulturellen Bildung von größter Bedeutung. Kulturelle Bildung im schulischen wie außerschulischen Bereich für Kinder, Jugendliche, aber auch Erwachsene und Senioren ist der entscheidende Schlüssel zu Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben. Kulturelle Bildung ermöglicht und fördert Kre-

ativitätsentwicklung, Kommunikations- und Handlungskompetenz, Gestaltungs- und Ausdrucksfähigkeit und kann Menschen stark und stolz auf eigene Fähigkeiten machen – und dies besonders auch bei denen, deren verbale Ausdrucksmöglichkeiten entwicklungsbedürftig sind, deren

Muttersprache nicht die deutsche ist. Auch der interkulturelle Dialog setzt kulturelle Bildung voraus!

Der Pisa-Schock hat die öffentliche Aufmerksamkeit vor allem auf die Defizite in den sogenannten Kernfä-

chern wie Deutsch oder Mathematik gelenkt. Die Möglichkeiten kreativer Gestaltung, die ästhetische Erziehung vermitteln kann und die unmittelbar Auswirkungen haben auf Lernfähigkeit und Persönlichkeitsentwicklung, sind aus der bildungspolitischen Wahrnehmung verschwunden und in den Stundentafeln einiger Bundesländer nach Belieben zum Kürzen freigegeben. Diese Tendenz muss gestoppt werden. Vielmehr müssen Angebote aus den Kunstgattungen Musik, visuelle Kunst, Tanz und Theater gerade im Interesse der Kinder und Jugendlichen nichtdeutscher Herkunft in Schule wie in Freizeit ausgebaut werden. Hier empfiehlt sich der Auf- und Ausbau kulturpädagogischer Dienste im kommunalen und regionalen Kontext sowie die Kooperation von Kultur-, Jugend- und Familienpolitik im vorschulischen Zusammenhang wie in der Schule zugunsten eines ganzheitlichen Bildungsangebotes.

Die Ganztagschule bietet hierfür organisatorische und inhaltliche Perspektiven. Die Schulen müssen allerdings mit Gestaltungsfreiheit und Honorarmitteln ausgestattet sein, um künstlerische Kompetenz von externen Experten, den Künstlern, in die Schulen zu holen. Die hervorragenden Erfahrungen der BLK-Modellversuche aus dem Spektrum »Künstler und Schüler«

müssen reaktiviert und um interkulturelle Erfahrungen angereichert werden. Nachhaltig wirkende Education-Programme zur Förderung kultureller und damit sozialer Teilhabe, von denen insbesondere Kinder aus bildungsfernen (Migranten-)Familien profitieren können, sollten neu aufgelegt werden. Nicht nur die Einrichtungen der kulturellen Bildung wie Musik- und Jugendkunstschulen, Schreib- und Medienwerkstätten, Kinder- und Jugendmuseen müssen viel mehr als bisher die besonderen Bedürfnisse von sozial und kulturell benachteiligten Kindern und Jugendlichen berücksichtigen. Vielmehr sind alle Kultureinrichtungen, also auch die Theater, Museen und Konzerthäuser, aufgefordert, sich dieser Herausforderung zu stellen. Dafür müssen mehr finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Bildung und Kultur sollen nach dem Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD auch in Zukunft vor allem Ländersache bleiben. Allerdings wollen die Koalitionspartner »bei der Wahrnehmung der Aufgaben des Bundes den Aspekt der Teilhabe insbesondere von Kindern und Jugendlichen an Kulturangeboten« berücksichtigen. Wir begrüßen diese Aussage! Kulturelle Bildung muss auf allen Ebenen politischer Verantwortung ernster genommen werden. In den Kommunen sind es Kunst- und Kulturorte, sowie die Kinder- und Jugendkultureinrichtungen, die sich dieser Aufgabe noch stärker stellen müssen. Die Länder haben vor allem die Verantwortung für die

Kulturelle Bildung muss auf allen Ebenen politischer Verantwortung ernster genommen werden.

schulische kulturelle Bildung. Aufgabe des Bundes ist es u.a., in Kooperation mit gesellschaftlichen Organisationen und den Ländern durch Mo-

dellversuche und Forschungsvorhaben das Feld der kulturellen Bildung problem- und strukturorientiert zu qualifizieren, wie es seit vielen Jahren gute Praxis ist. Es wäre fatal, wenn diese Möglichkeiten kooperativer Innovationsförderung aufgegeben würde. Wir appellieren an die Verantwortlichen in Bund und Ländern, mehr und nicht weniger für die kulturelle Bildung zu tun!

Der Vorstand

Bonn, 9. Dezember 2005